

Gemeinde Glandorf

Glandorf, den 02.04.2026

N i e d e r s c h r i f t

des öffentlichen Teils

02/Rat/031/2026

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Gemeinderates
am **Dienstag**, den **10.03.2026**, von **Uhr** bis **Uhr**
in der **Gaststätte Herbermann, Münsterstr. 25, 49219 Glandorf**

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Martin Bäumer CDU

Ratsmitglied

Frau Sarah Bischof UWG
Herr Sebastian Gottlöber UWG
Herr Sven Harwerth UWG
Herr Reinhold Hothnaier UWG
Herr Heinrich Jankrift CDU
Herr Karsten Jochmann SPD
Herr Stefan Jürgens UWG
Herr Reinhard Lefken CDU
Herr Josef Ossege CDU
Herr Marius Pabst UWG
Herr Michael Twyhues FDP
Herr Andreas Vennemann CDU
Frau Birgit Wordtmann Die Grünen

Bürgermeister

Herr Torsten Dimek Bürgermeister

Protokollführerin

Frau Eileen Scheckelhoff

von der Verwaltung

Herr Jürgen Leimkühler
Herr Frank Scheckelhoff
Herr Dirk Schmalstieg

Abwesend:

Ratsmitglied

Herr Andreas Auf der Landwehr CDU
Frau Heike Greskötter-Drawer CDU
Herr Willi Micke SPD
Herr André Winterberg CDU

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ratsmitglieder
3. Feststellung der Beschlussfähigkeit
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Gemeinde Glandorf Nr. 02/Rat/026/2025 vom 09.12.25 - öffentlicher Teil
6. Bericht des Bürgermeisters
7. Wahl des Gemeindebrandmeisters 2026 - Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 02/724/2026
8. Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die finanzielle Beteiligung des Landkreises Osnabrück am Ganztags in den Grundschulen - Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 02/710/2026
9. Neufassung der Satzung der Gemeinde Glandorf über die Umlegung von Beiträgen für den Unterhaltungsverband Nr. 96 "Hase-Bever" auf die Eigentümer der Grundstücke der Gemeinde Glandorf, die nicht an die Niederschlagskanalisation angeschlossen sind B+B
Vorlage: 02/727/2026
10. Vergabe Bauarbeiten Ausbau Frankenweg + Laudieker Weg - Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 02/729/2026
11. Annahme von Spenden - Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 02/731/2026
12. Wirtschaftsplan 2026 der Gemeindewerke Glandorf - Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 02/718/2026

13. Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung 2026 durch die Verwaltung - Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 02/719/2026
14. Änderungsanträge zum Haushalt 2026 (aus allen Ausschüssen) - Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 02/737/2026
15. Stellenplan für das Jahr 2026 - Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 02/728/2026
16. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2026 - Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 02/721/2026
17. Verzicht auf Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts für das Haushaltsjahr 2026 - Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 02/726/2026
18. Beförderung der Gemeindeinspektorin Eileen Scheckelhoff zur Gemeindeoberinspektorin- Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 02/702/2026
19. Beförderung der Gemeindeamtsinspektorin Mariele Dettmeyer zur Gemeindeoberinspektorin- Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 02/703/2026
20. Anfragen und Anregungen
21. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ratsvorsitzende Martin Bäumer eröffnet um 19.30 Uhr den öffentlichen Teil der Ratssitzung und begrüßt alle Anwesenden.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ratsmitglieder

Ratsvorsitzender Bäumer stellt die ordnungsgemäße Ladung und die anwesenden Ratsmitglieder fest. Abgemeldet haben sich die Ratsmitglieder Heike Greskötter-Drawer, Andreas Auf der Landwehr, Willi Micke und André Winterberg.

3. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Bäumer stellt die Beschlussfähigkeit fest.

4. Feststellung der Tagesordnung

Ratsvorsitzender Martin Bäumer erklärt, dass die Tagesordnung dahingehend geändert werden soll, dass der Tagesordnungspunkt 9, die „Neufassung der Satzung über die Umlegung von Beiträgen für den Unterhaltungsverband Nr. 96 „Hase-Bever“, von der heutigen Tagesordnung abgesetzt wird. Hier gibt es noch Beratungsbedarf. Mit dieser Änderung wird die Tagesordnung einstimmig festgestellt.

5. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Gemeinde Glandorf Nr. 02/Rat/026/2025 vom 09.12.25 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift der öffentlichen Ratssitzung 02/Rat/026/2025 vom 09.12.2025 liegt allen Ratsmitgliedern vor. Gegen Form und Inhalt werden keine Einwände erhoben. Die Niederschrift wird in der vorliegenden Form einstimmig genehmigt.

6. Bericht des Bürgermeisters

Bürgermeister Dimek trägt den Bericht wie folgt vor:

- **Umgestaltung der Bushaltestelle an der Grundschule Glandorf** – Auf-grund der Einführung des Ganztagsbetriebs an der Grundschule in Glandorf sind Veränderungen auf dem Außengelände notwendig, die auch die Bushaltestelle betreffen. Änderungen diesbezüglich sind grundsätzlich förderfähig. Ein Förderantrag bei der Landesnahverkehrsgesellschaft in Hannover kann bis Ende Mai gestellt werden, wobei mit einer Förderzusage Anfang 2027 zu rechnen ist. Bürgermeister Dimek hebt hervor, dass Fördermittel von über 85 % in Aussicht stünden, wodurch der Eigenanteil der Gemeinde unter 15 % liege. Die Schulleitung und Elternvertreter hätten Verständnis dafür gezeigt, dass die Umgestaltung zugunsten der Fördermittel verschoben werden soll. Jetzt müssen kurzfristig die Antragsunterlagen erstellt werden.
- **Tag des Grundgesetzes am 23. Mai** - Bürgermeister Dimek informiert, dass der Bundespräsident alle Kommunen in Deutschland angeschrieben hat, um Aktionen zum Tag des Grundgesetzes am 23. Mai zu initiieren. Dieser Tag falle auf einen Samstag vor Pfingsten. Die Verwaltung plane, Vorschläge zu unterbreiten, sei jedoch offen für weitere Ideen aus der Gemeinde.

- **Sirenenstandorte in Glandorf** - In Absprache mit dem Landkreis soll ein geplanter Standort einer Sirenenanlage von der B 51 zum Laudieker Weg, dem ehemaligen Bolzplatz, verlegt werden. Grund hierfür ist die Nähe zur Bundesstraße, die die Beschallung beeinträchtigt.
- **Sperrung des Liener Landwegs** - Aufgrund von Reparaturarbeiten an einem Windrad wird der Liener Landweg gesperrt. Die Sperrgenehmigung ist ursprünglich für 14 Tage ausgestellt worden, und es bleibt abzuwarten, ob die Arbeiten bis Ende der Woche abgeschlossen werden.
- **Schwertransporte für Windenergieanlagen durch Glandorf** - Im Zeitraum von Ende März bis Ende Mai finden erneut Schwertransporte für Windenergieanlagen durch die Ortslage von Glandorf statt. Diese Transporte sind für Windenergieanlagen bestimmt, die nach Sassenberg verbracht werden.
- **Stadtradeln 2026** - Die Gemeinde Glandorf hat sich auch in diesem Jahr für das Stadtradeln angemeldet. Der Zeitraum ist vom 8. Juni bis zum 28. Juni geplant, um möglichst viele Teilnehmer vor den Sommerferien zu erreichen. Das Anmeldeportal wird zeitnah freigeschaltet.
- **Schließung des Hallengartenbades für Reparaturarbeiten** - In diesem Jahr findet die diesjährige Schließung des Bades im September statt, um die notwendigen Reparatur- und Modernisierungsarbeiten durchzuführen. Zur Vorbereitung dieser Schließung wird das Bad um Christi Himmelfahrt herum für zwei Tage geschlossen.
- **Kommunalwahl am 13. September 2026** – Geplant ist, die Ergebnisse im Ratsitzungssaal zu präsentieren. Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, sich direkt vor Ort ein Bild vom Wahlergebnis zu machen. Bürgermeister Dimek ruft dazu auf, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen und sich gegebenenfalls auch kommunalpolitisch zu engagieren.
- **Urlaub Bürgermeister** – Vom 28. März bis einschließlich 12. April befindet sich der Bürgermeister in Urlaub.

7. Wahl des Gemeindebrandmeisters 2026 - Beratung und Beschlussfassung

Vorlage: 02/724/2026

Bürgermeister Dimek hebt hervor, dass er seit seinem Amtantritt die Zusammenarbeit mit dem aktuellen Gemeindebrandmeister Frank Andiel sowie der gesamten Feuerwehrführung und den Feuerwehrkameradinnen und -kameraden als äußerst konstruktiv und vertrauensvoll empfunden habe. In dieser Zeit seien einige Maßnahmen, wie der Bau des Feuerwehrgerätehauses in Schwege oder die Anschaffung neuer Feuerwehrfahrzeuge, erfolgreich umgesetzt worden. Im Hinblick auf die bevorstehende Wahl des Gemeindebrandmeisters berichtet er davon, dass auf der Jahreshauptversammlung alle anwesenden Feuerwehrmitglieder sich einstimmig für die Wiederwahl von Frank Andiel als Gemeindebrandmeister ausgesprochen hätten. Auch das Ortskommando sowie der Kreisbrandmeister hätten ein entsprechendes Votum abgegeben. Die Verwaltung könne daher nur empfehlen, Frank Andiel für weitere sechs Jahre als Gemeindebrandmeister zu wählen.

Ratsvorsitzender Bäumler ergänzt, dass er ebenfalls an der Generalversammlung teilgenommen habe und merkt ergänzend an, dass sicherlich die Unterstützung der Ehefrau eines Gemeindebrandmeisters von großer Bedeutung sei, da diese Tätigkeit auch das Privatleben beeinflusse. Er verweist auf die Qualitäten von Frank Andiel und schlägt vor, die Wahl zügig durchzuführen. Nach diesen Ausführungen lässt er über den Wahlvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeindebrandmeister Frank Andiel, Amselweg 19, 49219 Glandorf, wird mit Wirkung vom 01.06.2026 für die Dauer von 6 Jahren erneut zum Gemeindebrandmeister ernannt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Im Anschluss daran bedankt sich der alte und neue Gemeindebrandmeister Frank Andiel für das entgegengebrachte Vertrauen und betont, dass die Zusammenarbeit mit der Verwaltung und dem Gemeinderat stets auf Augenhöhe stattfinde, auch in schwierigen Gesprächen, wie beispielsweise bei der Diskussion um den diesjährigen Haushalt. Er lobt die ehrenamtliche Arbeit des Gemeinderats und spricht seinen persönlichen Dank aus.

Bürgermeister Dimek gratuliert ebenso wie Ratsvorsitzender Bäumer und überreicht Frank Andiel die Ernennungsurkunde verbunden mit dem Wunsch auf eine auch zukünftig vertrauensvolle Zusammenarbeit

8. Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die finanzielle Beteiligung des Landkreises Osnabrück am Ganzttag in den Grundschulen - Beratung und Beschlussfassung

Vorlage: 02/710/2026

Da der Ausschussvorsitzende des Schulausschusses, Ratsmitglied Twyhues, selbst nicht an der letzten Schulausschusssitzung teilgenommen hat, bittet Ratsvorsitzender Bäumer Ratsmitglied Lefken, das Ergebnis der Beratungen zu diesem TOP im Rat vorzustellen.

Ratsmitglied Lefken führt aus, dass es sich hier um eine erfreuliche Entwicklung für die Gemeinde handele. Er betont besonders, dass wohl alle Kommunen im Landkreis Osnabrück offenbar bereit seien, der der Vorlage beigefügten Vereinbarung zuzustimmen. Das Modell der finanziellen Beteiligung des Landkreises an dem Ganzttag in den Grundschulen sei vergleichbar mit dem Modell der Kostenübernahme bei der Kinderbetreuung bei den unter sechsjährigen Kindern in den Kitas. Der Landkreis trage auch in diesem Bereich künftig die Hälfte der Kosten. Der Schulausschuss habe sich einstimmig dafür ausgesprochen, der Vereinbarung zuzustimmen. Er empfehle dem Rat, auch hier ein entsprechendes Votum abzugeben.

Ratsvorsitzender Bäumer lässt im Anschluss daran abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgaben zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter nach dem Ganztagsförderungsgesetz (GaFöG) mit dem Landkreis Osnabrück abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

9. Neufassung der Satzung der Gemeinde Glandorf über die Umlegung von Beiträgen für den Unterhaltungsverband Nr. 96 "Hase-Bever" auf die Eigentümer der Grundstücke der Gemeinde Glandorf, die nicht an die Niederschlagskanalisation angeschlossen sind B+B
Vorlage: 02/727/2026

Dieser TOP wurde einvernehmlich am Anfang der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt.

10. Vergabe Bauarbeiten Ausbau Frankenweg + Laudieker Weg - Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 02/729/2026

Ratsmitglied Ossege erläutert, dass die Arbeiten, die Gegenstand der aktuellen Beratung sind, bereits im vergangenen Jahr ausgeschrieben worden seien. Damals habe das Gesamtergebnis der Ausschreibung 47 % über der Kostenrechnung gelegen, weshalb die Ausschreibung aufgehoben worden sei. Das Planungsbüro habe seinerzeit alle Arbeiten in einer einzigen Ausschreibung zusammengefasst. In der aktuellen Ausschreibung seien die Arbeiten jedoch in zwei Lose aufgeteilt worden, was zu einer deutlichen Kosteneinsparung geführt habe. Er führt weiter aus, dass das Ergebnis nun innerhalb des im Haushalt eingeplanten Kostenrahmens liege. Die Tiefbauarbeiten sollen an die Firma Dreger Tiefbau GmbH für 387.613 Euro vergeben werden,

während die Firma Unverfehrt Straßen und Tiefbau GmbH die Kanal- und Straßenbauarbeiten für 303.437 Euro ausführen solle. Er betont, dass es auf dieser Grundlage sinnvoll sei, die Arbeiten in der vorgeschlagenen Form zu vergeben.

Ratsmitglied Bischof meldet sich und erklärt, dass sie sich bei diesem Punkt als befangen sehe und daher nicht mit abstimmen werde.

Ratsvorsitzender Bäumer lässt danach über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Auftrag der Arbeiten zum Ausbau des Frankenweges und Laudieker Weg wird an

- die Fa. Dreger Tiefbau GmbH zum Angebotspreis von 387.613,19 € (Spundwandarbeiten)
- die Fa. Unverfehrt Straßen und Tiefbau GmbH zum Angebotspreis von 303.437,33 € (Kanal- und Straßenbau)

vergeben.

Der Beschluss wird vorbehaltlich der abschließenden Prüfung durch das Büro IBT und Prüfung durch das RPA gefasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

11. Annahme von Spenden - Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 02/731/2026

Bürgermeister Dimek berichtet, dass der Gemeindeelektriker auf ein Förderprogramm mit dem Titel „Rossmann spendet Licht“ aufmerksam geworden sei. Dieses Programm werde vom Niedersächsischen Kultusministerium unterstützt. Die Gemeinde habe sich daraufhin dort beworben, um Sachspenden für die Schulen zu erhalten. Am 9. Februar sei die Mitteilung eingegangen, dass der Antrag erfolgreich gewesen sei. Die Gemeinde erhalte eine Sachspende im Wert von 76.756,77 Euro. Insgesamt umfasse das Programm ein Fördervolumen von 10 Millionen Euro. Bürgermeister Dimek hebt hervor, dass andere Gemeinden, die sich ebenfalls beworben hätten, nicht berücksichtigt worden seien, weshalb die Zuwendung für die eigene Gemeinde aus seiner Sicht eine besondere Bedeutung habe.

Die Sachspende umfasse 220 LED-Leuchten und 80 Bewegungsmelder, die in der Ludwig-Windthorst-Schule eingebaut werden sollen. Es handele sich ausschließlich um Sachkosten, die Installation werde sukzessive durch den Gemeindeelektriker erfolgen. Bürgermeister Dimek betont, dass es sich um eine außergewöhnliche Unterstützung handele, und empfiehlt, die Sachspende anzunehmen und den entsprechenden Beschluss zu fassen.

Ratsvorsitzender Bäumer ergänzt, dass es keinen Grund gebe, sich gegen die Annahme der Spende zu stellen. Er spricht den Mitarbeitern der Gemeinde seinen Dank aus und merkt an, dass eine derart hohe Spende bisher wohl noch nicht im Gemeindehaushalt verzeichnet worden sei.

Er lässt danach über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Annahme der Sachspende wird zugestimmt. Die Spende ist entsprechend des Verwendungszwecks zu verwenden.

Abstimmungsergebnis einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

12. Wirtschaftsplan 2026 der Gemeindewerke Glandorf - Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 02/718/2026

Ratsmitglied Pabst erklärt, dass der Wirtschaftsplan im Finanzausschuss vorgestellt worden sei. Er berichtet, dass Kämmerer Schmalstieg den Plan präsentiert und umfassend erläutert habe. Im Rahmen der Sitzung habe der Kämmerer alle offenen Fragen beantwortet, sodass der Ausschuss die Beschlussempfehlung einstimmig angenommen habe. Er empfiehlt dem Gemeinderat, dem Beschlussvorschlag ebenfalls zuzustimmen.

Da in der Sitzung keine Fragen zum Wirtschaftsplan bestehen, lässt der Ratsvorsitzende darüber abstimmen.

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2026 für die Gemeindewerke Glandorf wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

13. Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung 2026 durch die Verwaltung - Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 02/719/2026

Ratsvorsitzender Bäumler schlägt vor, die Vorschläge der Verwaltung und die Änderungsanträge zum Haushalt 2026 als Gesamtpaket zu diskutieren und die Beschlüsse anschließend einzeln zu fassen. Er hält es für sinnvoll, den Haushalt in Gänze zu diskutieren, anstatt die Vorschläge der Verwaltung und den anderen Teil getrennt zu behandeln.

Fachdienstleiter Schmalstieg erläutert, dass die Verwaltung einen Überblick über die Haushaltsberatungen erstellt habe. Dabei seien die Vorschläge der Verwaltung zu Einsparmaßnahmen, Mehreinnahmen und geringeren Ausgaben zusammengefasst worden. Diese Vorschläge, ergänzt durch die Einsparvorschläge der Fraktionen und die Anträge der Feuerwehr, hätten zu einem Einsparergebnis von insgesamt 215.000 Euro geführt. Dieses Ergebnis setze sich aus Mehreinnahmen in Höhe von 157.400 Euro und geringeren Ausgaben in Höhe von 57.600 Euro zusammen. Trotz dieser Einsparungen verbleibe ein negatives Planergebnis von 1.017.300 Euro. Er führt weiter aus, dass bei Berücksichtigung der Überschussrücklage und der bisherigen Haushaltsergebnisse ein kumuliertes Defizit von 855.000 Euro entstehe.

Weiter ergänzt er, dass im Haushaltsplan weitere Änderungen vorgenommen worden seien, die durch Verschiebungen bei den Investitionen und weitere Anpassung im Wesentlichen das nächste Haushaltsjahr betreffen. Zudem seien Verpflichtungsermächtigungen für zwei Maßnahmen berücksichtigt worden, die es der Verwaltung ermöglichen würden, größere Aufträge für zusammenhängende Projekte über mehrere Jahre hinweg zu vergeben.

Ratsvorsitzender Bäumler bedankt sich bei Fachdienstleiter Schmalstieg für die Ausführungen. Bürgermeister Dimek ergänzt, dass die entsprechenden Tabellen bereits am vergangenen Freitag an die Ratsmitglieder verschickt worden seien. Diese Tabellen enthielten die Beschlüsse und ermöglichten eine Nachvollziehbarkeit der eingearbeiteten Änderungen. Die große Übersicht sei erstellt worden, um die Ergebnisse der Haushaltsberatungen transparent darzustellen. Fachdienstleiter Schmalstieg weist darauf hin, dass die Tabellen so gestaltet worden seien, dass sie gut lesbar seien. Er betont, dass die gelb markierten Änderungen in den Tabellen die Ergebnisse der Haushaltsberatungen widerspiegeln, die sowohl zu Mehrausgaben als auch zu Einsparungen geführt hätten.

Fachdienstleiter Schmalstieg geht anschließend noch einmal auf die vorliegenden Unterlagen ein. Gegenüber den seinerzeit im Finanzausschuss diskutierten neuen Eintrittspreisen beim Hallengartenbad habe es noch einmal eine Anpassung der Eintrittspreise im Verwaltungsausschuss (VA) gegeben, die einvernehmlich beschlossen worden sei. Die Preisanhebung soll zum

1. Oktober erfolgen, da die Schließungsphase im Hallengartenbad in diesem Jahr aufgrund von Förderungen im September liege. Die abschließenden Ergebnisse der Haushaltsberatungen werden dann in der Haushaltssatzung zusammengefasst, die in einem nachfolgenden TOP beschlossen werden soll.

Ratsvorsitzender Bäumler bedankt sich bei Kämmerer Schmalstieg für seine umfangreichen Ausführungen. Wie er bereits ausgeführt hat, schlägt er vor, die TOP 13 bis 17 an dieser Stelle gemeinsam zu beraten. Er bittet um Wortmeldungen.

Ratsmitglied Twyhues erklärt, dass er einen Änderungsantrag nach der Geschäftsordnung des Rates stelle. Dieser Änderungsantrag beziehe sich auf die in der Haushaltssatzung festzusetzende Gewerbesteuer. Der Antrag laute, den Gewerbesteuersatz bei 380 v.H. zu belassen und nicht auf 400 v.H. anzuheben. Ratsvorsitzender Bäumler erklärt, über diesen Antrag gesondert abstimmen zu lassen.

Ratsmitglied Ossege meldet sich danach zu Wort und erklärt, dass der ursprüngliche Haushaltsentwurf mit einem Fehlbetrag von rund 1,2 Millionen Euro vorgelegt wurde. Er hebt hervor, dass wesentliche Teile des Haushalts, wie die Versorgung von Kindern und gesetzlich vorgeschriebene Maßnahmen, nicht beeinflussbar seien. Einsparungen seien vor allem in Bereichen wie der Feuerwehr und dem Bauausschuss erzielt worden. So sei beispielsweise die Anschaffung eines Unimogs sowie des Salzsilo auf das nächste Jahr verschoben oder gestrichen worden. Zudem seien Eintrittspreise für das Hallenbad moderat angehoben worden. Trotz dieser Maßnahmen verbleibe ein Fehlbetrag von 855.000 Euro, der ein Haushaltssicherungs-konzept erforderlich mache. Er betont, dass der Landkreis der Gemeinde ein weiteres Jahr zur Ausarbeitung dieses Konzepts eingeräumt habe, sofern die Gemeinde dies beschließen werde.

Ratsmitglied Gottlöber verweist auf die Prognosen der kommenden Haushaltsjahre, die durchweg Defizite aufweisen würden. Er betont, dass Steuererhöhungen, insbesondere die Erhöhung der Gewerbesteuer, in der aktuellen Lage unvermeidlich seien, um die finanzielle Handlungsfähigkeit der Gemeinde zu sichern. Er kritisiert, dass viele Schulden durch externe Vorgaben, wie den Ausbau von Schulen und Betreuungsplätzen, verursacht würden, ohne dass Bund und Land eine ausreichende Mitfinanzierung sicherstellten. Er spricht sich dafür aus, freiwillige Leistungen künftig stärker zu prüfen und auf Maßnahmen zu konzentrieren, die einer breiten Bevölkerung zugutekommen.

Ratsmitglied Jochmann schließt sich den Ausführungen seiner Vorredner an und hebt die Diskrepanz zwischen Pflichtaufgaben und freiwilligen Ausgaben hervor. Er lobt die Zusammenarbeit aller Beteiligten, insbesondere der Feuerwehr, die Einsparungsvorschläge eingebracht habe. Er äußert die Hoffnung, dass durch Zuschüsse oder andere Entwicklungen in Zukunft eine bessere finanzielle Lage erreicht werden könne.

Ratsmitglied Lefken erklärt, dass Steuererhöhungen immer unbeliebt seien. Aber, wenn die Gemeinde eine Steuer erhöhen sollte, sei die Gewerbesteuer dafür geeignet. Bis 400 v.H. bei der Gewerbesteuer stelle die Steuererhöhung für 2/3 der Betriebe Glandorfs keine zusätzliche Belastung dar, da diese Steuer voll auf die Einkommensteuer anrechenbar sei. Dies habe auch der Bundesgesetzgeber seinerzeit so gesehen, indem er die Anrechenbarkeit bis 400 v.H. bei der Gewerbesteuer zulasse. Anders sei dies bei der Erhöhung der Grundsteuern, da dies alle Glandorfer betreffen würde.

Ratsmitglied Twyhues bekräftigt nochmals seine Ablehnung zur Erhöhung der Gewerbesteuer und verweist auf die Belastung der Unternehmen in der aktuellen Wirtschaftskrise. Er kritisiert die Landesregierung, die den Ukrainekrieg als Begründung für eine uferlose Verschuldung der Kommunen heranziehe. Er fordert, dass jedes Ratsmitglied sich klar zur Frage der Erhöhung der Gewerbesteuer bekennen müsse und verweist auf mögliche zukünftige Finanzmittel aus Bundes- und Landesprogrammen, die die finanzielle Lage der Gemeinde verbessern könnten.

Bürgermeister Dimek erläutert, dass die Erhöhung der Gewerbesteuer von 380 % auf 400 % über 200.000 Euro Mehreinnahmen generieren würde. Er verweist auf die Rangfolge der Einnahmequellen der Gemeinde, die vorrangig aus Steuern, Beiträgen und Gebühren resultiere, bevor Kredite aufgenommen werden. Zudem zeigt er auf, dass bereits einige Kommunen im Landkreis Osnabrück einen Hebesatz von 400 % oder mehr festgelegt haben.

Den Hinweis vom Ratsmitglied Twyhues aufgreifend, dass die Kommunen sich aufgrund von Vorgaben der Landesregierung uferlos verschulden dürfen, erklärt Bürgermeister Dimek, dass ursprünglich ein Haushaltssicherungs-konzept aufgestellt werden sollte. Jedoch habe das Innenministerium signalisiert, dass für die Jahre 2024 bis 2026 aufgrund der Ukraine-Krise eine andere Vorgehensweise möglich sei. Diese sei mit der Kommunalaufsicht besprochen worden. Die Verwaltung schlage vor, das Jahr zu nutzen, um strukturelle Maßnahmen für den Haushalt zu erarbeiten. Dazu sollen Arbeitsgruppen und Arbeitskreise gebildet werden, um sowohl die Einnahmesituation zu verbessern als auch Einsparpotenziale bei den Ausgaben zu identifizieren. Ziel sei es, für die Zukunft ein Haushalts-sicherungskonzept zu entwickeln, falls der entsprechende Beschluss gefasst werde.

Fachdienstleiter Schmalstieg erklärt, dass er an dieser Stelle gerne noch einmal auf die erst Präsentation des Haushaltsplans zurückkommen möchte. Im ersten Entwurf des Haushaltsplans sei bei der Gewerbesteuer sowohl eine Mengen- als auch eine Preisanpassung vorgenommen worden. Dies führe jetzt bei der Gewerbesteuer zu der deutlichen Mehreinnahme. Dabei müsse aber bedacht werden, dass etwa 50 % der Gewerbesteuereinnahmen nicht in der Kommune verbleiben, da diese durch die Kreisumlage und andere Effekte reduziert würden. Der Vorschlag der Verwaltung zur Anpassung der Gewerbesteuer sei mit Bedacht gemacht worden, um den Haushalt zu stützen.

Bürgermeister Dimek fragt nach, wie viel konkret im Haushalt fehlen würde, wenn die Gewerbesteuer nicht angehoben werde. FDL Schmalstieg antwortet, dass etwa 250.000 Euro fehlten, wovon aber etwa die Hälfte abgeführt werde.

Fachdienstleiter Schmalstieg ergänzt, dass die vorgeschlagene Anpassung der Gewerbesteuer vor allem größere Unternehmen betreffe, während Personengesellschaften und Einzelunternehmen aufgrund eines Freibetrags von 24.500 Euro nicht betroffen seien. Erst ab einem Einkommen über diesem Freibetrag werde Gewerbesteuer fällig. Er hebt hervor, dass dieser Aspekt bei der Diskussion berücksichtigt werden solle. Zudem weist er darauf hin, dass die Einführung degressiver Abschreibungen durch die Bundespolitik Auswirkungen auf das Gewerbesteueraufkommen der Gemeinden haben könnte. Er erklärt, dass dies dazu führen könne, dass Unternehmen ihre Steuerlast verringern und somit weniger Gewerbesteuer entrichten. Die genauen Auswirkungen seien jedoch noch unklar.

Ratsmitglied Twyhues stellt eine Nachfrage zur Gewerbesteuererhöhung und merkt an, dass eine Viertelmillion Euro trotz der geringen Anzahl betroffener Betriebe eine erhebliche Summe darstelle. Er bittet Bürgermeister Dimek um Klärung, ob die Erhöhung der Gewerbesteuer notwendig sei, um Konflikte mit der Kommunalaufsicht zu vermeiden, oder ob die Gemeinde von der Kommunalaufsicht bereits freigestellt sei.

Bürgermeister Dimek erläutert, dass die Einnahmen der Gemeinde grundsätzlich durch Steuern, Beiträge und Gebühren zu finanzieren seien, wie es gesetzlich vorgeschrieben ist. Sollte dies nicht ausreichen, sei die Aufnahme von Krediten vorgesehen. Er verweist auf die gesetzlich festgelegte Rangfolge und betont, dass diese eingehalten werden müsse.

Ratsmitglied Twyhues fragt erneut, ob es Konsequenzen seitens der Kommunalaufsicht geben werde, falls die Gewerbesteuer auf 380 % festgesetzt werde. Bürgermeister Dimek erklärt, dass im Rahmen eines Haushaltssicherungskonzepts (HSK) geprüft werde, ob die Gemeinde sich mit der Steuererhöhung auseinandergesetzt habe. Gegebenenfalls könne die Kommunalaufsicht eine Erhöhung der Steuern fordern.

Ratsmitglied Twyhues stellt klar, dass er sich auf das Jahr 2026 beziehe und fordert eine Abstimmung über den Antrag.

Ratsmitglied Lefken ergänzt, dass die betroffenen Betriebe zwar 250.000 Euro mehr Gewerbesteuer zahlen müssten, jedoch gleichzeitig 180.000 Euro weniger Einkommenssteuer entrichten. Er betont, dass dies vollständig auf die Einkommenssteuer anrechenbar sei.

In seinen weiteren Ausführungen äußert Ratsmitglied Lefken Kritik daran, dass der Haushalt für das laufende Jahr erst im März verabschiedet werde. Er hebt hervor, dass es notwendig sei, sich intensiv mit einem Haushalts sicherungskonzept für das Jahr 2027 zu beschäftigen. Dabei sei es wichtig, im Laufe der Erstellung des Konzepts präzisere Zahlen für das Jahr 2027 zu erarbeiten, da ohne diese keine fundierten Entscheidungen getroffen werden könnten. Er spricht sich dafür aus, den Haushalt in der Dezembersitzung des Rates zu verabschieden, damit die Verwaltung zu Beginn des Folgejahres handlungsfähig sei und entsprechende Ausschreibungen vornehmen könne.

Bürgermeister Dimek erläutert, dass der Landkreis Osnabrück seinen Haushalt für das Jahr 2026 bereits verabschiedet habe, und zwar einen Tag vor der eigenen Ratssitzung. Er weist darauf hin, dass im Vorjahr die Verabschiedung des Haushalts nur zehn Tage vor der des Landkreises erfolgt sei. Dies zeige, dass sich die Kommune im Landkreis aber auch der Landkreis selbst in einer ähnlichen Situation bei der Haushaltsverabschiedung befinden. Er betont, dass nach wie vor sein Ziel darin bestehe, den Haushalt im Dezember durch den Rat verabschieden zu lassen, wie es gesetzlich vorgesehen sei. Dies habe er bereits im Verwaltungsausschuss zugesichert. Er kündigt an, dass man sich gemeinsam auf den Weg machen werde, um dieses Ziel zu erreichen.

Ratsvorsitzender Bäume r erklärt, dass er sich bei einzelnen Punkten enthalten oder dagegen stimmen werde. Er erinnert daran, dass er bereits im Vorjahr betont habe, dass man sich intensiv mit dem Haushalt auseinandersetzen müsse. Er dankt der Verwaltung dafür, dass diese seine damalige Aussage im Protokoll der Ratssitzung festgehalten habe. Er bedauert jedoch, dass im Jahr 2025 keine entsprechenden Maßnahmen ergriffen worden seien. Für das laufende Jahr sei dies jedoch geplant, obwohl die anstehenden Kommunalwahlen die Situation erschweren. Er weist darauf hin, dass die zukünftigen Ratsmitglieder vor der Herausforderung stünden, unpopuläre Entscheidungen treffen zu müssen, was die Bereitschaft zur Kandidatur möglicherweise mindern könnte.

Ratsvorsitzender Bäume r führt weiter aus, dass es nicht ausreiche, einzelne Ausgaben zu kürzen, sondern dass strukturelle Veränderungen notwendig seien. Er äußert Zweifel daran, dass von höheren staatlichen Ebenen finanzielle Unterstützung zu erwarten sei. Er verweist auf Prognosen eines Münchener Instituts, wonach der Bundeshaushalt ab 2028 zu über 80 Prozent aus Sozialleistungen bestehen werde, was die finanziellen Spielräume für Kommunen weiter einschränken dürfte. Abschließend betont er, dass die Kommune sich in dieser Situation selbst helfen müsse.

Ratsvorsitzender Bäume r leitet im Anschluss an diese Ausführungen in die Abstimmung zu diesem TOP über.

Beschluss:

Die Ergebnisse aus der Tabelle mit den Änderungspositionen zum Haushalt werden in den Entwurf, wie vorstehend in der Tabelle aufgeführt, eingearbeitet.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

- 14. Änderungsanträge zum Haushalt 2026 (aus allen Ausschüssen) - Beratung und Beschlussfassung**
Vorlage: 02/737/2026

Da die Beratungen zu diesem TOP unter dem TOP 13 erfolgten und keine Wortmeldungen vorliegen, lässt Ratsvorsitzender Bäumer über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Den Änderungsanträgen der Fraktion und der Gruppen (aus allen Ausschüssen) zum Haushalt 2026 – mit den Ergebnissen aus dem Stand VA 04.03.2026 - wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

15. Stellenplan für das Jahr 2026 - Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 02/728/2026

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt Ratsvorsitzender Bäumer über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Stellenplan für das Jahr 2026 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

16. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2026 - Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 02/721/2026

Zu Beginn des TOP geht Ratsvorsitzender Bäumer zunächst auf den Antrag des Ratsmitglieds Twyhues zur Gewerbesteuer ein und lässt gesondert darüber abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Gewerbesteuer wird nicht wie im Haushaltsplan vorgesehen auf 400 v.H. erhöht sondern bei 380 v.H. belassen.

Abstimmungsergebnis:

1 Ja 14 Nein 0 Enthaltungen 0 Befangen

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ratsmitglied Twyhues merkt an, dass er sich bei der Haushaltssatzung enthalten werde, was er bereits im Finanzausschuss getan habe.

Im Anschluss daran bittet Ratsvorsitzender Bäumer Kämmerer Schmalstieg, zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan Ausführungen zu machen.

Fachdienstleiter Schmalstieg erläutert, dass bei der Haushaltssatzung die Ergebnisse aus dem Verwaltungsausschuss in die Darstellung eingeflossen seien. In seinem Vortrag beschreibt er die Struktur des Ergebnis- und Finanzhaushaltes. Die Kreditermächtigung liege bei etwa 2,5 Millionen Euro. Auch die Verpflichtungsermächtigungen stellt er kurz vor. Weiter geht er auf die Regelungen zu Liquiditätskrediten ein, die die Gemeinde im Rahmen der Haushaltssatzung aufnehmen darf. Er hebt hervor, dass die Grundsteuer A, die Grundsteuer B sowie die Gewerbesteuer mit der Haushaltssatzung festgesetzt werden.

Ratsvorsitzender Bäumer bedankt sich bei Fachdienstleiter Schmalstieg für die Ausführungen und fragt, ob weiterer Redebedarf bestehe. Da dies nicht der Fall ist lässt er über die Haushaltssatzung nebst Haushaltsplan abstimmen.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung nebst Haushaltsplan für das Jahr 2026 wird verabschiedet.

Abstimmungsergebnis:**Ja 13 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0****17. Verzicht auf Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts für das Haushaltsjahr 2026 - Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 02/726/2026**

Ratsvorsitzender Bäumer spricht den Verzicht auf die Ausstaltung eines Hausratssicherungskonzeptes für das Haushaltsjahr 2026 an. Er fragt, ob es hierzu weiteren Bedarf an Diskussion gebe. Da dies nicht der Fall sei, verweist er auf den vorliegenden Beschlussvorschlag und lässt darüber abstimmen.

Ratsvorsitzender Bäumer bedankt sich im Anschluss für die konstruktive Beratung in den Fraktionen sowie bei der Verwaltung für die stets aktuelle und ausführliche Bereitstellung der Zahlen. Er merkt an, dass die Zahlen zwar teilweise schwer lesbar gewesen seien, jedoch immer aktuell vorgelegen hätten. Er betont, dass diejenigen, die behaupten würden, nicht zu wissen, was beschlossen worden sei, offenbar nicht ausreichend Zeit für die Lektüre aufgebracht hätten. Abschließend richtet er seinen Dank an den Kämmerer und wünscht ihm viel Erfolg bei der Vorbereitung des Haushalts für Dezember. Er fügt hinzu, dass diese Aufgabe, wenn sie einmal erfolgreich bewältigt sei, für die kommenden Jahre eine Erleichterung darstelle.

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat stellt fest, dass der Haushaltsausgleich nicht erreicht werden kann und beschließt, für das Haushaltsjahr 2026 nach § 182 Abs. 5 i. V. m. Abs 4 NKomVG auf die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts zu verzichten.
2. Der Rat stellt überdies die äußerst angespannte finanzielle Situation und die eingeschränkte, dauerhafte finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinde Glandorf fest und verpflichtet sich, bis zur Einbringung des Haushalts 2027 substanzielle und wirksame Maßnahmen zur Reduzierung von Auszahlungen, zur Erhöhung von Einnahmen oder auch zur Reduzierung freiwilliger Aufgaben zu erarbeiten.
3. Für die Begleitung von Rat und Verwaltung durch ein geeignetes Beratungsbüro bei der Erarbeitung von Maßnahmen zur Reduzierung künftiger Haushaltsdefizite werden zusätzliche Mittel eingestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechend Angebote zur Begleitung des Prozesses einzuholen.

Abstimmungsergebnis:**Ja 14 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0****18. Beförderung der Gemeindeinspektorin Eileen Scheckelhoff zur Gemeindeoberinspektorin - Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 02/702/2026**

Bürgermeister Dimek erklärt, dass sich Frau Scheckelhoff seit ihrem Dienstbeginn bei der Gemeinde Glandorf in ihrer Funktion als Stabstellenleiterin uneingeschränkt bewährt habe. Die Zusammenarbeit mit ihr sei vertrauensvoll und sehr gut. Von daher könne er ihre Beförderung nur befürworten.

Zu den Voraussetzungen zur Beförderung als Gemeindeoberinspektorin führt er aus, dass die Stelle von Frau Scheckelhoff als Stabstellenleiterin im Stellenplan nach A 11 ausgewiesen sei. Da Frau Scheckelhoff bei der Einstellung die persönlichen Voraussetzungen noch nicht erfüllt hat, wurde sie zunächst als Gemeindeinspektorin nach A 9 eingestellt. Jetzt könne sie, da Ämter nicht übersprungen werden dürfen, zur Gemeindeoberinspektorin in ein Amt nach A 10 befördert werden. Im nächsten Jahr stehe dann die endgültige Beförderung zur Gemeindeamtfrau, dem Amt nach A 11 an.

Ratsvorsitzender Bäumer lässt nach diesen Ausführungen über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die Gemeindefinspektorin Eileen Scheckelhoff, Stabsstellenleitung, wird mit Wirkung zum 01.05.2026 zur Gemeindeoberinspektorin ernannt. _

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Im Anschluss daran gratuliert er Frau Scheckelhoff zusammen mit Bürgermeister Dimek zur Beförderung. Bürgermeister Dimek verliest anschließend den Text der Ernennungsurkunde und händigt diese Frau Scheckelhoff zusammen mit einem Blumenstrauß aus.

**19. Beförderung der Gemeindeamtsinspektorin Mariele Dettmeyer zur Gemeindeoberinspektorin- Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 02/703/2026**

Zu Beginn des TOP erklärt Ratsvorsitzender Bäumer das Frau Dettmeyer an der Teilnahme der heutigen Sitzung gehindert sei. Danach bittet er Bürgermeister Dimek darum, zu dem TOP vorzutragen.

Bürgermeister Dimek erklärt, dass Frau Dettmeyer schon seit langen Jahren in der Gemeinde Glandorf tätig ist. Der Stellenanteil von Frau Dettmeyer ist zu 70 % an die Maßarbeit – Landkreis Osnabrück - abgeordnet. Zu ihrem Aufgabenbereich gehört dabei im Wesentlichen die eigenverantwortliche Annahme, Bearbeitung und abschließende Entscheidung über Anträge auf Bürgergeld. Vergleichbare Stellen der Leistungssachbearbeitung sind beim Landkreis Osnabrück mit der Besoldungsgruppe A10 bewertet. Entsprechende Unterlagen sind der Beschlussvorlage beigelegt. Derzeit erhält Frau Dettmeyer Bezüge nach Besoldungsgruppe A 9.

Da Frau Dettmeyer seit vielen Jahren durch konstant sehr gute Leistungen, hohe Fachkompetenz sowie ein ausgeprägtes Verantwortungsbewusstsein überzeugt, erfüllt sie die Voraussetzung für eine Beförderung nach A 10. Er schlägt daher vor, dem Beschlussvorschlag zu folgen und Frau Dettmeyer entsprechend zu befördern.

Da keine Wortmeldungen gewünscht werden, lässt Ratsvorsitzender Bäumer über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Nach der Beschlussfassung erklärt Bürgermeister Dimek, dass er Frau Dettmeyer im Nachgang die Ernennungsurkunde aushändigen werde.

Beschluss:

Die Gemeindeamtsinspektorin Frau Mariele Dettmeyer, Fachdienst 2, wird mit Wirkung zum 01.04.2026 zur Gemeindeoberinspektorin ernannt. _

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

20. Anfragen und Anregungen

Mitgliederversammlung der Kreismusikschule

Ratsmitglied Twyhues berichtet aus der Mitgliederversammlung der Kreismusikschule, in die er seit 2021 vom Rat entsandt wird. Er verweist auf Irritationen bezüglich der Vergütungsentwicklung des Geschäftsführers Hartmann, welche auch in der Neuen Osnabrücker Zeitung thematisiert worden seien. Er erklärt, dass der Bürgermeister von Bissendorf, Guido Halfter, einen Antrag gestellt habe, die Vergütungsentwicklung zunächst aufzuklären, bevor eine Vertragsverlängerung beschlossen werde. Dieser Antrag habe eine Mehrheit gefunden, sodass es lediglich

zu einer einjährigen automatischen Vertragsverlängerung für Herrn Hartmann gekommen sei. Die Kreisverwaltung sei nun beauftragt, ein neues Konzept für die Vergütungs-entwicklung der Geschäftsführung zu entwickeln.

Ratsmitglied Twyhues hebt hervor, dass Herr Hartmann aus seiner Sicht ein engagierter Musikpädagoge sei. Er habe im Namen des Rates von Glandorf betont, dass Herr Hartmann für die Kreismusikschule ein Gewinn sei und seine weitere Tätigkeit wünschenswert sei.

Ratsvorsitzender Bäumer ergänzt, dass der Kreistag sich ebenfalls mit dem Thema befasst habe und die Diskussion öffentlich geführt worden sei. Er betont, dass es nicht um die Person Herrn Hartmanns gehe, sondern um die Umstände der Vergütungsentwicklung. Er kritisiert, dass das Kreistagsmitglied, welches den Landkreis in der Mitgliederversammlung der Kreismusikschule vertrete, nicht zu den Sitzungen eingeladen worden sei. Dies sei auch von der Landrätin kommentiert worden, die angemerkt habe, dass das Mitglied dies hätte selbst bemerken müssen. Er äußert die Hoffnung, dass die Situation in den kommenden Wochen politisch geklärt werde.

Verkehrsschau

Ratsmitglied Wordtmann erkundigt sich nach dem Termin der nächsten Verkehrsschau. Bürgermeister Dimek gibt an, dass diese Anfang Juni, konkret am 8. Juni, stattfinden werde. Sie fragt an, ob das Thema „Tempo 70 am Liener Landweg“ erneut geprüft werden könne. Sie weist darauf hin, dass auf der NRW-Seite bereits Tempo 70 gelte, während dies auf der Glandorfer Seite nicht der Fall sei. Bürgermeister Dimek bittet FDL Leimkühler darum, das Thema mit auf die nächste Sitzung zu setzen.

Quartiersentwicklung „Am Markt“

Ratsmitglied Ossege erkundigt sich, ob sich der Investor in letzter Zeit zurückgemeldet habe. Fachdienstleiter Scheckelhoff bestätigt, dass ein Kontakt mit dem beauftragten Vermarkter der Wohnung, Herrn Wecker, stattgefunden habe. Er berichtet davon, dass die Eintragung ins Grundbuch weitgehend abgeschlossen sei, jedoch bis vor kurzem noch einige Dinge geklärt werden mussten. Die nächsten Schritte zur Vermarktung der Wohnungen könnten jetzt vollzogen werden.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr aus dem Rat gewünscht werden, gibt Ratsvorsitzender Bäumer den anwesenden Zuhörern Gelegenheit, sich zu äußern.

Zusammenarbeit mit der Freiwilligen Feuerwehr

In Abwesenheit von Gemeindebrandmeister Andiel meldet sich **Ortsbrandmeister Kahle** für die Freiwillige Feuerwehr Glandorf zu Wort. Er betont die gute Zusammenarbeit der Feuerwehr mit Rat und Verwaltung und bedankt sich ausdrücklich für diese. Er berichtet, dass er seit 2002 im Orts- und Gemeindekommando tätig sei und in dieser Zeit zahlreiche Haushaltsplanungen miterlebt habe. Dabei habe es über die Jahre hinweg auch finanzielle Engpässe gegeben. Dennoch betont er, dass es nie zu Meinungsverschiedenheiten zwischen der Feuerwehr und dem Rat oder der Verwaltung diesbezüglich gekommen sei. Dies sei aus seiner Sicht ein bemerkenswerter Umstand, auf den man hier stolz sein könne. Er schließt seine Ausführungen mit einem erneuten Dank für die konstruktive Zusammenarbeit.

Da keine weiteren Wortmeldungen gewünscht werden, schließt Ratsvorsitzender Bäumer diesen TOP.

21. Schließung der Sitzung

Mit Dank an alle Anwesenden schließt Ratsvorsitzender Bäumer den öffentlichen Teil der Ratsitzung um 20.53 Uhr.

gez. Martin Bäumer
Vorsitzender

gez. Eileen Scheckelhoff
Protokollführerin